

Parl. Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg

- (A) Fachschüler und vielen weiteren Maßnahmen; und das war gut für die jungen Erwachsenen in Studium und Ausbildung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht zeigt erfreulicherweise auch – mich persönlich freut das besonders –, dass uns eine Trendwende gelungen ist. Seit 2012 ging es ja immer weiter bergab mit der Zahl der geförderten Studierenden im BAföG. Seit zwei Jahren in Folge nun steigt diese Zahl wieder. Auch das ist gut, weil mehr Studierende, die bedürftig sind, die Unterstützung brauchen, tatsächlich BAföG bekommen.

Wir arbeiten momentan – es wurde mehrfach angekündigt; sie haben es der Presse schon entnehmen können – an einer nächsten BAföG-Reform, die im Wintersemester dieses Jahr noch in Kraft treten soll. Der Referentenentwurf ist in der Verhandlung. Details stehen also noch aus.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal dafür werben, sich die Zahlen anzuschauen. Wir sehen, dass gerade diejenigen Studierenden, die den Förderhöchstsatz bekommen und zusätzlich noch die 250 Euro Kindergeld, etwa 200 Euro mehr in der Tasche haben, als der typische Student, die typische Studentin durchschnittlich im Monat ausgibt. Das heißt keineswegs, dass Studierende keine finanziellen Probleme hätten. Ganz im Gegenteil! Die 250 Euro Kindergeld kommen auf das BAföG on top, aber es wird beim Unterhaltsbetrag angerechnet. Also haben die größeren Sorgen insbesondere die Teilgeförderten und die, die knapp die Einkommensgrenzen für die BAföG-Förderung überschreiten. Deshalb war es richtig, auf die Freibeträge zu setzen, und ich würde auch sehr dafür werben, das bei weiteren Reformschritten ebenso zu tun.

- (B)

Ich möchte die verbleibende Zeit noch kurz nutzen, um die strukturellen Veränderungen anzusprechen, die wir uns als Koalition vorgenommen haben. Als erstes Stichwort sei die Förderungshöchstdauer genannt. Oftmals ist es gerade das Abschlusssemester, in dem finanzielle Schwierigkeiten aufkommen, weil die Förderung ausläuft.

(Ria Schröder [FDP]: Ja, so ist es!)

Auch der Fachstudienwechsel steht für uns im Fokus, ebenso wie die Studienstarthilfe, gerade für Studierende aus Bedarfsgemeinschaften, zur Erstausrüstung im Studium. An die Altersgrenzen sind wir schon rangegangen, aber auch an den Bürokratieabbau, um eine schnellere Bearbeitung der Anträge bei den zuständigen BAföG-Ämtern zu ermöglichen.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

All das sind Themen, die wir weiterhin angehen.

Wir haben in der Vergangenheit viel umgesetzt für Studierende und Schüler im BAföG-Bezug. Wir werden das auch in diesem Jahr tun. Ich freue mich sehr auf die Beratungen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Gitta Connemann hat das Wort für die CDU CSU Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einer meiner früheren Professoren hatte eine einmalige Bewertungsmethode: ein Fragezeichen gleich unverständlich, zwei Fragezeichen gleich Humbug und drei Fragezeichen gleich Zumutung. Ihre BAföG-Politik würde drei Fragezeichen bekommen: eine Zumutung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie, liebe Ampel, haben in vielen Debatten, auch in diesem Haus, Studierenden das Blaue vom Himmel versprochen.

(Zuruf von der AfD: Da haben Sie recht!)

Aber was sagt Ihr eigener BAföG-Bericht? Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

Noch enttäuschender sind Ihre Pläne für die Novelle des BAföG, und das sagen die Betroffenen selbst, so das Deutsche Studierendenwerk heute – ich zitiere –:

„Es fehlt dem Bildungsministerium an Kraft und politischem Willen. Die Leidtragenden sind die Studierenden.“

(D)

Drei Fragezeichen, also eine Zumutung. Nicht mehr als Klein-Klein und Stückwerk.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die beiden großen Probleme, lieber Herr Staatssekretär, sitzen Sie aus: die Erhöhung der Bedarfssätze und der Wohnkostenpauschale. Das Geld im Haushalt wäre da, aber die Ampel sieht keinen Bedarf. Die Begründung lautet: Die Sätze sind 2022 angehoben worden. – Schon damals reichte es nicht. Jetzt explodieren die Kosten. Ein WG-Zimmer in Göttingen kostet im Schnitt 440 Euro, in München übrigens 720 Euro. Die BAföG-Wohngeldpauschale liegt aber bei nur 360 Euro. Dafür bekommen Sie vielleicht einen Wohnheimplatz. Davon hat zum Beispiel Göttingen aber nur knapp 4 700 bei gut 30 000 Studierenden.

Jeder dritte Studierende lebt inzwischen unter der Armutsgrenze. Dabei soll das BAföG soziale Unterschiede abpuffern, ein Studium ermöglichen, und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Liebe Ampel, bei anderen Sozialleistungen holen Sie hier in diesem Haus ständig die Gießkanne raus. Sie haben gerade das Bürgergeld wieder erhöht – dieses Mal um 12 Prozent. Für die Fachkräfte der Zukunft hat die Ampel dagegen nur null Prozent.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann

- (A) BAföG-Empfänger gehen komplett leer aus. Dabei liegt der Grundbedarfssatz für Studierende schon heute unter dem des Bürgergeldes, und das ist eine Zumutung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da hilft übrigens auch nicht die Ankündigung einer einmaligen Studienhilfe – grundsätzlich eine gute Idee – für Bücher, Hausrat und Co. Aber wem hilft eine Einmalzahlung, wenn er nicht weiß, wie er im zweiten Monat das Leben bestreiten soll, auch weil die Anträge immer noch zu lange in der Bearbeitung sind? Sollen ist nicht Tun, lieber Herr Staatssekretär.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: O Gott!)

Wovon in der Zwischenzeit leben?

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Ampel, Ihr Bericht, Ihre Pläne sind ein Armutszeugnis. Deshalb wird geklagt. Warten Sie nicht wieder, bis das Bundesverfassungsgericht Sie zwingt, zu handeln. Halten Sie endlich Wort! Sorgen Sie dafür, dass Bildung für alle möglich bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Lina Seitzl für die SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Lina Seitzl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der alle zwei Jahre erscheinende BAföG-Bericht ist ein wichtiger Indikator für die Politik. Er zeigt uns, wie sich die Zahl der BAföG-Geförderten entwickelt, wie sich Freibeträge, Bedarfssätze verändern und vieles mehr. Er gibt uns also einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des BAföG.

Der diesjährige BAföG-Bericht basiert ja auf Daten aus den Jahren 2021 und 2022. Das heißt, die Effekte der Novelle, die diese Koalition beschlossen hat, können darin noch gar nicht enthalten sein. Dennoch zeigt der BAföG-Bericht einige positive Trends.

Erstens – das hat der Herr Staatssekretär schon gesagt –, der deutliche Rückgang des Anteils der Geförderten ist endlich gestoppt. Das ist eine gute Nachricht. Aber das reicht natürlich nicht. Es müssen wieder deutlich mehr Studierende BAföG bekommen. Wir haben deshalb mit der letzten BAföG-Novelle die Einkommensfreibeträge deutlich erhöht, und auch die Altersgrenze wurde deutlich angehoben.

Zweitens. Das BAföG ist digitaler geworden. Seit 2021 erfolgt die Antragstellung bundesweit über das Portal BAföG Digital.

(Beifall des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

Es hapert allerdings – Frau Connemann, da haben Sie natürlich recht – noch an der digitalen Bearbeitung und Bescheidbekanntgabe. Daran müssen wir gemeinsam mit den Ländern arbeiten.

(Beifall bei der SPD – Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Das haben wir beantragt! Sie haben das abgelehnt! Sie haben abgelehnt, das BAföG zu digitalisieren!)

Drittens. Das BAföG ist internationaler geworden. Auch diesen Trend führt die Koalition fort. Wir haben das BAföG in den letzten zwei Jahren für ukrainische Geflüchtete geöffnet. Außerdem können es nun mehr deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen beantragen.

Was dieser BAföG-Bericht natürlich nicht abbilden kann, ist das Jahr 2023, und gerade im Jahr 2023 war die Inflation besonders hoch. Davon sind gerade die BAföG-Berechtigten, also Studierende und Schülerinnen und Schüler, die nicht im Elternhaus wohnen, besonders betroffen. Sie geben einen großen Teil ihres monatlich zur Verfügung stehenden Geldes für Lebensmittel, Miete und Energie aus – Dinge, die in den letzten Monaten besonders teuer geworden sind.

Wir haben als Koalition darauf reagiert; und jetzt würde ich Sie bitten, auch einmal zuzuhören, Herr Jarzombek und Frau Connemann, da Sie es gerade angesprochen haben.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ich höre zu!)

BAföG-Beziehende haben ebenso wie die Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld zwei Heizkostenzuschüsse bekommen. Wir haben für Studierende eine Einmalzahlung von 200 Euro auf den Weg gebracht.

(Oliver Kaczmarek [SPD]: Genau! Richtig! – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ganz toll!)

Das bundesweite Studiticket kommt; so etwas war mit Ihnen überhaupt nicht möglich oder denkbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und seit letztem Jahr investiert der Bund endlich wieder in Studi- und Azubiwohnheime mit dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“.

Diese kurzfristigen Maßnahmen waren richtig, aber – das sage ich hier ganz ehrlich – es war nicht genug. Durch die jahrzehntelange Vernachlässigung des BAföG – ich sage nur: 16 Jahre Bildungsministerium in der Hand der CDU –

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Genau! 2017 größte Erhöhung ever! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU – Gegenrufe von der SPD)

gibt es riesige strukturelle Probleme, und deshalb machen wir jetzt eine Strukturreform. Deshalb gehen wir die Struktur des BAföG endlich an. Der Referentenentwurf des BMBF liegt vor. Da stehen einige gute Sachen drin; die Studienstarthilfe ist genannt worden. Das ist eine gute Sache.

(C)

(D)